

Das ist ein politischer Blitz bei Nacht:

Mehr als hundert Abgeordnete haben den britischen Premierminister Boris Johnson am Sonntag aufgefordert, das Parlament sofort für Beratungen über den Brexit aus der Sommerpause zurückzurufen. "Unser Land steht am Rand einer Wirtschaftskrise, da wir auf einen Brexit ohne Abkommen zurasen", heißt es in einem Brief der Abgeordneten. "Wir stehen vor einem nationalen Notstand, und das Parlament muss jetzt zurückgerufen werden."

Die reguläre Sommerpause des Unterhauses dauert bis zum 3. September. Die Abgeordneten verlangen nun nicht nur eine sofortige Unterhaussitzung, sondern durchgehende Beratungen über den Brexit ohne Sitzungspause bis zum Austrittsdatum am 31. Oktober. Während seiner Bewerbung um den Tory-Parteivorsitz hatte Johnson eine Auflösung des Unterhauses nicht ausgeschlossen, um einen ungeregelten Brexit notfalls am Parlament vorbei durchzusetzen. Parlamentssprecher John Bercow hatte für diesen Fall seinen massiven Widerstand angekündigt.

Hintergrund für den ungewöhnlichen Brief der 100 Abgeordneten sind Informationen, nach denen die Regierung mittlerweile selbst mit schwerwiegenden Folgen für das Vereinigte Königreich rechnet, falls das Land am 31. Oktober ohne Scheidungsabkommen aus der EU austritt. Dazu gehören Engpässe bei Lebensmitteln, Medikamenten und Benzin, und als deren Folge steigende Preise. Wahrscheinlich sei ferner ein zumindest zeitweiliges Chaos an den Häfen und eine „harte“ Grenze mit Zollkontrollen in Nordirland. Die Londoner „Sunday Times“ beruft sich dabei auf ein Regierungsdokument, das aus dem „Cabinet Office“ stammt. Diese zentrale Regierungsbehörde mit 2000 Mitarbeitern, die unmittelbar dem Premierminister und den Kabinettsmitgliedern untersteht, hat die Aufgabe, die Regierungsarbeit zu koordinieren und für eine optimale Umsetzung der Kabinettpolitik durch die Ministerien und nachgeordneten Behörden zu sorgen.

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland: Gegründet am 1. Mai 1707, als unter der Regentschaft der Königin Anna die beiden Parlamente Englands und Schottlands zusammengeführt wurden und der Aufstieg zur Weltmacht begann. Aus der Europäischen Union ausgetreten am 31. Oktober 2019. Wie müssen wir uns dieses Staatswesen mit großer Vergangenheit und unklarer Zukunft nach dem Brexit vorstellen? Für das Europa der 27 EU-Mitgliedsländer wird Großbritannien ein Drittstaat, mit Zöllen und Grenzkontrollen nach den Regeln der Welthandelsorganisation, aber weiterhin ein enger Bündnispartner in der Nato, vertraut und fremd zugleich.

Eine unklare Zukunft bestreiten Premierminister Boris Johnson und seine Anhänger mit Leidenschaft. Das Gegenteil, wunderbare Aussichten, versprechen sie dem ganzen Land und verweisen vor allem auf den hochprofitablen Handelsvertrag, den US-Präsident Donald Trump und sein Sicherheitsberater John Bolton dem Vereinigten Königreich nach vollzogenem Brexit in Aussicht gestellt haben. Johnsons Handelsministerin Elizabeth Truss war grade in Washington, um diesen großen Deal mit ihrem US-Kollegen Wilbur Ross und dessen Handelsbeauftragten Robert Lightizer vorzubereiten, und kam ganz begeistert zurück. Innerhalb eines Jahres, so versprach Bolton, könne man ein solches Abkommen unterzeichnen, und Außenminister Mike Pompeo versicherte ihr gar, die US-Regierung stünde „bereits an der Tür, den Stift in der Hand“.

Beide Seiten tun so, als sei dieses Projekt nur von der politischen Entschlusskraft der Regierungen abhängig, und könne deshalb gradlinig realisiert werden. Aber die Wahrheit, die dabei ausgeblendet wird, besagt das Gegenteil: Ein solcher Vertrag kann nur in Kraft treten, wenn der Kongress in Washington und das Unterhaus in London ihn ratifizieren. Hier wie dort werden Widerstände auftreten, vor allem wegen der Situation in Nordirland. Davon abgesehen: Ein Handelsabkommen ist kompliziert, weil nicht nur der Warenaustausch, sondern auch die damit verbundenen Rechtsfragen,

der Zahlungs-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr, Zugang zu den Häfen und andere Fragen geregelt werden müssen.

US-Diplomaten in London weisen ihre britischen Gesprächspartner in diesen Tagen gern darauf hin, dass Großbritannien für einen solchen Deal erstmal die Grundlagen schaffen müsse. Handelsministerin Liz Truss, eine glühende Verfechterin des Freihandels, will zum Beispiel bis zu zehn „Freeports“ einrichten: Sonderwirtschaftszonen neben existierenden Häfen, in denen Unternehmen zollfrei Güter importieren und exportieren können. Truss hofft auf einen dadurch ausgelösten Boom und mag von kritischen Einwänden, das werde nur zu einer Verlagerung von wirtschaftlicher Aktivität, aber nicht zu mehr Wachstum führen, nichts hören.

Unterdessen wird ein EU-Austritt ohne Scheidungsvertrag immer wahrscheinlicher. Premierminister Boris Johnson hat vor kurzem allen Staatsbeamten einen Brief geschrieben, demzufolge die Vorbereitungen auf einen ungeregelten Brexit oberste Priorität haben sollen. Das hat der Regierungschef zwar auch schon vorher erklärt, aber es zeigt die Zielstrebigkeit, mit der der Regierungsapparat auf diesen Fall getrimmt wird. Dazu passt, dass die 150 britischen EU-Diplomaten in Brüssel angewiesen wurden, zum 31. Oktober ihre dienstlichen Koffer zu packen. Zwar wird es weiterhin eine britische Botschaft bei der EU geben, aber in den verschiedenen Arbeitsgruppen der EU wird das Vereinigte Königreich nicht mehr vertreten sein, im EU-Parlament natürlich auch nicht. Über die Zukunft des britischen EU-Kommissars Sir Julian King, der bislang in der EU-Kommission für Sicherheitsfragen und Terrorbekämpfung zuständig ist, steht eine Entscheidung des Kabinetts noch aus. King war vorher britischer Botschafter in Paris und gilt als Spitzendiplomat.

Wie Boris Johnson sich das künftige Verhältnis zur EU vorstellt, lässt sich einer öffentlichen Äußerung des Premiers entnehmen: "Es gibt eine schreckliche Zusammenarbeit zwischen denen, die denken, dass sie den Brexit im britischen Parlament blockieren können, und unseren europäischen Freunden". Die EU sei zudem überhaupt nicht kompromissbereit. Und je länger man in einer Sackgasse stecke, desto wahrscheinlicher werde ein No-Deal-Szenario. Als eine seiner ersten Amtshandlungen ließ Johnson in seinem Amtssitz eine Digitalanzeige installieren. Sie zeigt den Countdown bis zum Austrittsdatum.